

Kein Patent auf Versammlungsfreiheit

Arbeitsrechte Der Streit zwischen dem Präsidenten des Europäischen Patentamts und dessen Personal eskaliert. *Von Thomas Magenheim*

Versammlungsfreiheit ist eines der wichtigsten Grundrechte. Kein Arbeitgeber würde hierzulande wagen, daran zu rütteln – möchte man meinen. Das ist ein Irrtum. An diesem Mittwoch wollten Beschäftigte des Europäischen Patentamts in München gegen die arbeitsrechtlichen Zustände im eigenen Haus demonstrieren, die sie als unhaltbar kritisieren. Doch nun sah sich die Haus-Gewerkschaft Suepo gezwungen, den behördlich genehmigten Protestmarsch kurzfristig abzublasen. Grund ist eine schriftliche Drohung von Patentamtspräsident Benoit Battistelli, die Organisatoren und Teilnehmer müssten mit disziplinarischen Konsequenzen rechnen.

„Das Schreiben ist authentisch“, bestätigte ein Patentamtsprecher die Existenz eines Rundbriefs von Battistelli an alle Beschäftigten. Das Amt befürchte, dass bei der Demonstration britische Verwaltungsratsmitglieder des Amts verunglimpft würden. Diese „im Voraus angenommene Verhaltensweise“ sei ein Verstoß gegen das Beamtensstatut und rechtfertige die Drohung disziplinarischer Maßnahmen, erklärt das

Amt. Klarere ist die Sprache Battistellis in dem der Stuttgarter Zeitung vorliegenden Brief. „Die geplante Demonstration richtet

sich gegen die Interessen des Amts und ist geeignet, sein Image zu schädigen“, schreibt er und verwahrt sich gegen „unangemessenen öffentlichen Druck“. Unverblümt warnt der Chef das Personal. „Sollte die geplante Demonstration stattfinden, werden die Betroffenen zur Verantwortung gezogen.“ Die Mitarbeiter reagieren verärgert. „Ich will nicht suspendiert werden“, sagt einer. „Kein Kommentar, ich will überleben“, meint ein anderer. Sogar Gewerkschafter werden vorsichtig und weisen nur auf eine Suepo-Mitteilung: „Herr Battistelli Brief zeigt besser als jede Demonstration das Ausmaß, in dem Personal und dessen Vertretern fundamentale Rechte wie das Recht auf freie Rede und Versammlungsfreiheit vorenthalten werden“, heißt es dort.

Der Streit im Patentamt tobt schon seit zwei Jahren. Nun hat er einen neuen Höhepunkt erreicht. Was Battistelli legale Reformen nennt, die in alte Besitzstände eingreifen, bezeichnen Teile des Personals als gra-

vierende Eingriffe in Grundrechte. Dazu muss man wissen, dass sich die Zentrale des Amts zwar auf deutschem Boden befindet, aber nicht deutschen Gesetzen unterliegt. Das Patentamt ist eine internationale Behörde, die sich ihren eigenen Rechtsrahmen gibt. Der beißt sich vor allem mit deutschem Arbeitsrecht. So hat Battistelli jüngst verfügt, dass Streiks von ihm als oberstem Chef genehmigt werden müssen.

Der Verwaltungsrat des Patentamts, in dem auch Deutschland vertreten ist, hat Battistellis Reformen bislang zugestimmt. Gebremst wurde der Franzose, der intern „Sonnenkönig“ oder „unser Diktator“ genannt wird, nun aber vom Gerichtshof in Den Haag. Vorige Woche haben dessen Richter die rechtliche Immunität des Patentamts aufgehoben und Battistellis Reformdrang in drei Punkten gezügelt. Demnach darf er Länge und Art von Arbeitskämpfen nicht mehr diktieren. Er darf Suepo-Mails im Haus nicht mehr blockieren und wird aufgefordert, mit der Suepo binnen zwei Wochen in Verhandlungen zu treten. Das Patentamt wird den Spruch wohl nicht anerkennen, heißt es in München. „Total absurd und ungeheuerlich“, seien Vorwürfe, er betreibe ein Regime des Schreckens, hatte Battistelli bis zuletzt immer wieder behauptet. Sein Amt respektiere alle fundamentalen Menschen- und Arbeitsrechte, speziell das Recht der Meinungsfreiheit. Für „öffentlich bezogene Positionen“ bleibe aber jeder Einzelne verantwortlich, betonte er zugleich.

Betroffene appellieren an die deutsche Politik, sich endlich einzumischen. Sie müssen dabei aber vorsichtig sein, weil Battistelli Beschäftigten auch Kontakte mit deutschen Behörden oder Volksvertretern untersagt. „Für den deutschen Staat sollte nun endlich die Schmerzgrenze erreicht sein“, sagt ein Patentamtsmitarbeiter. Auf die Behörde aufmerksam geworden ist mittlerweile auch die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International: Nur ein Richter dürfe Demonstrationsrechte beschneiden, nicht Herr Battistelli, sagte Paul Arlman, ehemaliger Chef der Organisation in den Niederlanden. Das Patentamt stelle sich gegen international anerkannte Rechtsprinzipien.

Ihren Kampf um Grund- und Arbeitsrechte aufgeben, wollen die Beschäftigten nicht. Am 25. März trifft sich in München der Verwaltungsrat, um über Battistellis Reformen zu beraten. Für diesen Tag ist erneut eine Demonstration geplant, falls Battistelli nicht wieder mit Disziplinarmaßnahmen droht. Wundern würde das im Haus niemanden mehr.



Foto: picture alliance

Patentamtschef Battistelli wird hausintern „Sonnenkönig“ und „unser Diktator“ genannt.

UMSTRITTENE REFORMPLÄNE

Behörde Das Europäische Patentamt ist eine zwischenstaatliche Organisation mit 7000 Beschäftigten. Ihr Sitz ist seit 1977 München; weitere Standorte sind in Berlin, Den Haag und Wien. Getragen wird das Amt, das auch Mitgliedsstaaten außerhalb der EU umfasst, von 38 Nationen.

Bis Mitte 2018 an die Spitze des Amts gewählt ist der Franzose Benoit Battistelli.

Reformen Battistellis neuester Reformplan betrifft langfristig arbeitsunfähige Mitarbeiter. Die müssten bei Invalidität minimal zehn Jahre an ihrem Arbeitsplatz wohnen